




Bundesregierung bremst bei Transparenzanforderungen der EU an Unternehmen

Bundesregierung bremst bei Transparenzanforderungen der EU an Unternehmen
Germanwatch fordert die deutsche Regierung auf, nicht weiter zu blockieren, dass Unternehmen über soziale und ökologische Risiken berichten müssen. Berlin/Bonn. (11. Feb. 2014) Müssen große Unternehmen künftig über Risiken ihrer Tätigkeit für Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie die Umwelt im Ausland berichten? Das wird heute zu großen Teilen von der Bundesregierung abhängen. Die Position der deutschen Regierung zu gesetzlich verpflichtenden Transparenzanforderungen an Unternehmen wird als entscheidend für den Ausgang des heute stattfindenden Treffens von Ministerrat, EU-Kommission und EU-Parlament eingeschätzt. Die EU-Kommission und das Europaparlament wollen solche Verpflichtungen für alle Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten einführen. Doch die deutsche Regierung tritt auf die Bremse und will diese Pflicht nur für börsennotierte Unternehmen. Außerdem will sie, dass die berichtspflichtigen Unternehmen nicht über Risiken berichten müssen, die von ihren Zulieferern für Mensch und Umwelt ausgehen. Dann müssten zum Beispiel Unternehmen, deren Zulieferer die Fabrikbrände in Bangladesch und Pakistan mit zu verantworten hatten, auch künftig nicht berichten, wie sie mit Risiken dieser Art umgehen. "Transparenz ist die Grundlage dafür, dass Unternehmen für von ihnen verursachte Risiken auch Verantwortung übernehmen. Ohne Transparenz können die Zivilgesellschaft oder der Finanzmarkt keinen Druck ausüben und Verbraucher keine verantwortliche Kaufentscheidung fällen", sagt Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender der Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch. "Die neue Bundesregierung bremst dies aus - und setzt damit die schlechte Politik der Vorgängerregierung fort." Unternehmen, die unfairen Wettbewerb befürchten, unterstützen den Kommissionsvorschlag. Darunter befinden sich große Firmen wie Unilever oder das nicht an der Börse gelistete Familienunternehmen IKEA. Gemäß einer Anfang des Jahres veröffentlichten Umfrage von PWC stimmten 74 Prozent der befragten Unternehmenschefs darin überein, dass Berichterstattung über soziale und ökologische Themen zu ihrem langfristig gemessenen Erfolg beigetragen hat. Investoren in Gruppierungen wie Eurosif, PRI oder Aviva Investors wollen die neuen Transparenzregeln. Auch Gewerkschaften und Verbraucherschutzverbände drängen die EU zum Handeln.
Kontakt für Medien: Johanna Kusch
Germanwatch e.V.
Referentin für Unternehmensverantwortung
Tel.: 0176-2533 0709
e-mail: kusch@germanwatch.org


Pressekontakt

Germanwatch

53113 Bonn

kusch@germanwatch.org

Firmenkontakt

Germanwatch

53113 Bonn

kusch@germanwatch.org

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage